

Stadt Haan

Niederschrift über die

3. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan

am Dienstag, dem 01.06.2021 um 17:04 Uhr
in der Aula des städt. Gymnasiums Haan, Adlerstr. 3

Beginn:
17:04

Ende:
19:15

Vorsitz

Stv. Bernd Stracke

CDU-Fraktion

AM Karl-Ernst Dörfler

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

AM Johannes Woike

online

SPD-Fraktion

Stv. Martin Haesen

Stv. Simone Kunkel-Grätz

online

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

Stv. Nadine Lütz

AM Dieter Terjung

online

GAL-Fraktion

AM Lucio Dröttboom

Stv. Nicola Günther

Vertretung für Stv. Tabea Haberpursch

FDP-Fraktion

AM Eva-Lotta Dahmann

Stv. Dirk Raabe

ab TOP 7

bis TOP 6

Schriftführung

VA Fabian Beyer

beratende Mitglieder

Frau Gabi Bongard

AM Hubert Gering

AM Dieter Smolka

online

online

online

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Beigeordnete

Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

VA Michael Schneider

online

StOI Daniel Jonke

Gleichstellungsbeauftragte

VA Nicole Kregel

Gäste

AM Heinrich Beyll

Stv. Anette Braun-Kohl

online

Herr Gärtner

Stv. Julia Klaus

online

Der Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:04 Uhr die 3. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan. Er begrüßt alle physisch und digital Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er weist auf die gültige 10er Regel hin und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** stellt zur Diskussion, ob der TOP 14 tatsächlich nicht-öffentlich zu beraten sei.

VA Schneider legt dar, das zugrunde liegende Leistungsverzeichnis und die Bewertungsmatrix seien noch nicht öffentlich bekannt. Er wolle verhindern, dass sich ein potenzieller Anbieter Vorteile verschaffe. Darüber hinaus bitte auch die Vergabestelle der Stadt um nicht-öffentliche Beratung.

Auch die CDU-Fraktion äußert, diesen TOP lieber nicht-öffentlich zu beraten. Die Gründe für den Einsatz des Sicherheitsdienstes seien ein sehr sensibles Thema.

Stv. Lukat erklärt für die WLH-Fraktion, der SIGA sei der falsche Fachausschuss für diese Thematik, der zuständige FOA sei aber abgesagt worden.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** verdeutlicht, spätestens im HFA werde dieser TOP öffentlich beraten werden müssen.

Mit 5 Ja- und 4 Nein-Stimmen wird der Antrag des Vorsitzenden angenommen, den TOP in öffentlicher Sitzung zu beraten. Er wird zum neuen TOP 11.1.

Öffentliche Sitzung

1./ Bericht des Seniorenbeirates

Protokoll:

Hr. Sattler führt aus, dass dank des Einsatzes von Dezernentin und Bürgermeisterin der Bau der öffentlichen City-Toilette am Neuen Markt trotz personeller Engpässe beim Gebäudemanagement nun doch noch in diesem Jahr durch das Tiefbauamt angegangen werde. wofür er sich herzlich bedanke. Die zu teure und ungeeignete Stadtbank konnte ja zwischenzeitlich einvernehmlich verhindert werden. An dieser Stelle bedanke sich der Seniorenbeirat bei allen, die dabei mitgewirkt hätten, insbesondere bei den BürgerInnen für die zahlreichen Telefonate, Emails und zugesandten „Urlaubsfotos“ über die unterschiedlichen Banktypen. Enttäuscht sei man darüber, dass die Firma kraft.raum in Bezug auf die Auswahl der Citybank nach wie vor eine planende Rolle habe und von einem freien Ausschuchen einer geeigneten Bank durch Seniorenbeirat und Verwaltung keine Rede sein könne. In vielen anderen Städten

habe sich gezeigt, dass die ernsthafte Beteiligung eines Expertengremiums und der jeweiligen Interessenvertreter zu besser akzeptierten und oft auch finanziell günstigeren Ergebnissen geführt haben.

Er verweist darauf, dass in Haan, als die ersten neuen Wartehäuschen für Bushaltestellen mit „Kindersitzen“ installiert wurden, Betriebshof, Behindertenbeauftragte und Seniorenbeirat sich auf eine geeignete Bank mit Rückenlehne verständigt hätten. In Hilden würden jetzt kostenintensiv alle Wartehäuschen nachgerüstet. Durch personellen Wechsel in der entsprechenden Abteilung in Düsseldorf seien, entgegen den alten Verabredungen, jüngst noch Bänke ohne Seitenlehne installiert worden. Der Oberbürgermeister habe bei seinem Antrittsbesuch bei den Seniorenbeiräten eine Revision zusagen müssen. Hieran werde deutlich, mit definierten Verfahren ließe sich viel Geld sparen.

Leider sei dies bei der finalen Ausgestaltung des Alten Kirchplatzes Haan aus Sicht des Seniorenbeirates nicht ausreichend der Fall. Beim Seniorenbeirat gehen seit Beginn der Bauphase bereits einige Anregungen von BürgerInnen bzgl. der Installation auf dem Alten Kirchplatz ein. Diese werde der Seniorenbeirat sammeln und der Politik zu gegebener Zeit vorlegen.

Abschließend lobt er die gute Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, Seniorenbeirat und Jugendparlament in den letzten Monaten.

Stv. Morwind fragt für die CDU-Fraktion, was dies für den Alten Kirchplatz heiße.

Hr. Sattler erklärt, dass z.B. die installierte Bebankung aus Sicht des Seniorenbeirates völlig unzureichend und die Folgen nicht absehbar seien. Es gehe jedoch nicht darum, nachträglich Recht zu haben, sondern zu sammeln, ob dies in der Bevölkerung auch so gesehen werde. Wenn dies der Fall sei, werde man im Frühjahr der Politik entsprechende Vorschläge machen.

AM Terjung fügt an, auf den Wanderwagen im Ittertal gebe es zu wenig Bänke und Abfallbehälter.

Beschluss:

Der Bericht des Seniorenbeirates wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

2./ Bericht der Behindertenbeauftragten

Protokoll:

Hr. Smolka verweist auf seinen schriftlich vorliegenden Bericht.

Hr. Mentrop bedankt sich seitens der CDU-Fraktion für die rechtzeitig kommunizier-

ten Beratungstermine. Er regt an, die geplante Hilfsmittelausstellung in einer größeren Räumlichkeit durchzuführen, das Forum biete nur sehr beengte Verhältnisse und es kämen nur bewusst Betroffene.

Beschluss:

Der Bericht der Behindertenbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Bericht European Home Care

Protokoll:

Stv. Lukat möchte für die WLH-Fraktion wissen, Menschen welcher Nationen sich hinter dem wachsenden Klientenstamm ungeklärter Staatsangehörigkeiten verbergen.

Bgo. Herz erläutert, ungeklärte Staatsangehörigkeiten lägen immer dann vor, wenn keine Ausweispapiere auffindbar seien.

Stv. Lukat fragt, ob in der Unterkunft Düsseldorf Str. die Beratungsgespräche nur von den Ehrenamtlichen durchgeführt würden.

Bgo. Herz versichert, dass EHC Gespräche in der Unterkunft führe.

VA Schneider ergänzt, hier liege offensichtlich ein Missverständnis vor. Ehrenamtliche führten dort keine Beratungsgespräche, dies könnten und wollten sie auch gar nicht.

Stv. Lukat möchte zum erwähnten Projekt „gemeinsam klappt's“ wissen, wie hoch der Anteil der Vermittlungen durch den Rotary-Club sei und empfiehlt die Durchführung eines Ehrenamtstages in Haan.

VA Schneider legt dar, die Voraussetzungen für ausgewählte Partner des Rotary-Clubs seien sehr hoch, daher sei es erst zu einer Vermittlung gekommen. Konkrete Vorbereitungen für eine Würdigung der ehrenamtlich Tätigen seien aufgrund der Pandemie nicht getroffen worden. Die Verwaltung werde zu gegebener Zeit eine entsprechende Veranstaltung zur Würdigung der Arbeit der Ehrenamtlichen durchführen. Überlegungen diesbezüglich würden schon angestellt.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** ergänzt, der Tag des Ehrenamts sei für den 5. Dezember dieses Jahres vorgesehen.

Stv. Kunkel-Grätz kritisiert seitens der SPD-Fraktion, dass der Bereich Kinder/Schule in dem Bericht fehle.

Stv. Morwind treibt die Sorge um, dass die aufgeführten Beratungszeiten für 114 Bewohner der Unterkunft Düsselberger Str. zu wenig sei.

Beschluss:

Der Bericht von European Home Care wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beantwortung der Fragen des SIGA zu Protokoll:

1. ungeklärte Staatsangehörigkeiten

Die Beantwortung der Frage, welche Nationen sich hinter dem, im Bericht von EHC so bezeichneten, wachsenden Klientenstamm ungeklärter Staatsangehörigkeiten verbergen, ist für die Verwaltung nicht zu beantworten, da es dem Begriff der ungeklärten Staatsangehörigkeit gerade immanent ist, dass die Nation unbekannt ist. Laut dem vom Fachamt 50-2 verwendeten Fachprogramm leben in Haan derzeit 8 Personen mit einer ungeklärten Staatsangehörigkeit, die sich derzeit möglicherweise in einem Clearingverfahren befinden und 2 weitere Personen, die vom AZR (Ausländerzentralregister) als staatenlos geführt werden.

2. Beratungstätigkeiten durch Ehrenamtliche

Die ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger führen keine Beratungen im rechtlichen Sinne durch. Allerdings beraten und unterstützen die Ehrenamtler in erheblichem Maße und mit einem unglaublichen Engagement die hilfeschuchenden Menschen in und außerhalb der städtischen Unterkünfte.

Der BVV hat insbesondere mitgeteilt, dass er die nachfolgenden Hilfestellungen leistet:

- Betreuung von Einzelpersonen und Familien

Im Rahmen dieser Arbeit waren/sind wir ergänzend in allen Bereichen für die Menschen tätig:

Wohnungssuche, Arbeitssuche mit allen dazu gehörenden Aufgaben, Begleitung zu Institutionen,
Konfliktmanagement im Rahmen der Vernetzungen, Familienzusammenführung, Arztbesuche usw.

- Nachhilfe

durch verschiedene Personen für verschiedene Kinder.
für einige Monat feste Installation einer Ehrenamtlichen in der GGS Gruiten zur Unterstützung von Kindern aus der Unterkunft.

- Frauenarbeit

Die gesamte Zeit haben wir den Kontakt zu den Frauen, teils persönlich - teils virtuell, gehalten.

Am morgigen Donnerstag starten wir mit dem Wiederstart der Frauengruppe.

- Praktische Lebenshilfe die in der Pandemie nötig wurde, wie

- Regelmäßige Weitergabe von Informationen im Rahmen der Vorschriften zur Pandemie;
- Weitergabe von Informationen, wie z.B. die Öffnungszeiten der Institutionen;
- diverse Materialbesorgung PC-Zubehör, Kleidung, Haushaltswaren, Material und Anleitung zur Herstellung von Masken - als diese selber hergestellt werden konnten.

3. Nachfolgend die Informationen zum Umsetzungsstand von "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit - gemeinsam klappt's".

Zahlen seit Juni 2020 in Haan

Einladung Erstgespräche: 15

Davon nicht erschienen: 1

Abbrüche: 3

Derzeit aktiv: 11

Davon vermittelt: 3 in FB 1,

2 in FB4

1 in Alphakurs außerhalb des Projekts

1 in IK außerhalb des Projekts

Die Abkürzungen stehen für die einzelnen Förderbausteine.

FB 1 steht für Coaching, FB 2 für Berufsbegleitende Qualifizierung und/oder Sprachförderung, FB 3 für Nachträglicher Erwerb des Hauptschulabschlusses, FB 4 für Schul-, ausbildungs- und berufsvorbereitende Maßnahmen und Jugendintegrationskurse, IK steht für Integrationskurs

Vermittlung im Rahmen des Integrationsfonds 2.0 des Rotary Club Hilden-Haan in Zusammenarbeit mit der Firma Qiagen:

Übersicht der Kandidaten in Haan

Zeitraum von 2019 – 2021

Gesamtanzahl 22 Personen

Davon in Beschäftigung 10 Personen

In Transition 10 Personen

Ausfall 2 Personen

4./ Bericht zum Sachstand der Frauenberatungsstelle

Vorlage wird nachgereicht

Vorlage: GSB/001/2021

Protokoll:

VA Kregel verweist auf den schriftlich vorliegenden Bericht und geht in der Folge auf die Anfrage der WLH-Fraktion ein. Demnach gab es in 2019 kreisweit 1028 Fälle häuslicher Gewalt. Haan hatte 40 Fälle häuslicher Gewalt zu verzeichnen. Die Frauenberatungsstelle hat seit dem 01.07.2020 insgesamt 42 Beratungen durchgeführt (kreisweit).

Auch Männer seien von häuslicher Gewalt betroffen. So gebe es auch für Männer Koordinierungsstellen und Schutzräume. Der Kreis habe einen aktiven Runden Tisch gegen häusliche Gewalt eingerichtet, der u.a. das Gewaltschutzkonzept für den Kreis Mettmann erstelle. Das Land NRW habe u.a. eine verbesserte Arbeit mit den Tätern angekündigt.

Die Beraterinnen des SKFM müssen eine vom Land vorgegebene Qualifikation mitbringen, die auch vom Land geprüft wird. Dabei handelt es sich um Sozialarbeiter und/oder Sozialpädagogen oder vergleichbarer Ausbildung. Der SKFM Mettmann erwartet darüber hinaus eine Zusatzqualifikation oder aber zumindest einen derart reichen Erfahrungsschatz, der einer Zusatzqualifikation gleichkäme. Dies könnte z.B. eine Traumatherapeutin sein.

Der SKFM und der Kreis haben einen jährlichen Bericht angekündigt. Die Tötungsdelikte in Haan könnten, müssten aber keine Folge der häuslich bedrängten Situation durch die Corona-Pandemie sein.

Stv. Kunkel-Grätz fragt, ob tatsächlich kein weiteres Frauenhaus für den Kreis in Planung sei. Außerdem möchte sie wissen, wie frequentiert die Sprechstunde und ob ein Ausbau erforderlich sei.

VA Kregel erläutert, das Frauenhaus habe ob der fehlenden Hilfe des Kreises nicht die oberste Priorität und verweist auf die Diskussion im Kreissozialausschuss, wo die Bedarfsermittlung thematisiert wurde. Auch in den anderen kreisangehörigen Städten, wie z.B. in Hilden könnten Sprechstunden wahrgenommen werden, es bleibe abzuwarten, ob die Kapazitäten ausreichen.

Beschluss:

Der SIGA nimmt den Sachstandsbericht zur Frauenberatungsstelle zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Jahresbericht 2020 Schuldnerberatung des Caritasverbandes des Kreises

Protokoll:

Hr. Beyll berichtet von einer pandemiebedingt geschlossenen Beratungsstelle, was eine negative Auswirkung auf die Klientenzahl hatte. Derzeit hielten sich Stromversorger, Vermieter und Banken noch spürbar zurück, ausstehende Zahlungen einzutreiben, dies werde sich mit der verbesserten Pandemiesituation aber wieder ändern. Seit die hiesigen Städte nicht mehr für die Heranziehungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz verantwortlich seien, verfolgten die Länder diese Ansprüche recht aggressiv. Im Übrigen verweist er auf seinen vorliegenden schriftlichen Bericht.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** gibt bekannt, dass Hr. Beyll ab dem 01.07. in den Ruhestand gehe und dies sein letzter Bericht in diesem Gremium gewesen sei. In diesen habe er nicht nur die Zahlen präsentiert, sondern auch die Probleme der Menschen. Er bedankt sich im Namen des SIGA für die vielen Jahre der Begleitung Haaner Bedürftiger und wünscht ihm alles Gute für den Ruhestand. Sein Nachfolger werde Hr. Gärtner.

Beschluss:

Der Jahresbericht der Schuldnerberatung des Caritasverbandes des Kreises 2020 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

6./ Refinanzierung allgemeiner sozialpädagogischer Tätigkeiten im Allgemeinen Sozialen Dienst - hier: Antrag des SKFM vom 17.03.21 (Einbringung)

Protokoll:

Hr. Gering erläutert kurz den Antrag des SKFM. Danach gebe es für Fälle wie im Antrag beschrieben zu wenig Personal beim SKFM, weil keine Refinanzierung vorliege. Man erhalte lediglich einen Zuschuss der katholischen Kirche zum Betrieb der Geschäftsstelle.

Stv. Lukat möchte wissen, wie die Verwaltung die Notwendigkeit der Forderung bewertet. Die aufgeführten Beispielfälle verwunderten, da die Zuständigkeit nicht beim SKFM liege.

Bgo. Herz begrüßt das Angebot des SKFM, diesen Menschen zu helfen, wenngleich auch eine Weitervermittlung zur Stadt möglich sei. Sie biete an, der SKFM solle den

gleichen Betrag wie die anderen Verbände im Stadtgebiet (1.600 €/Jahr) erhalten.

Stv. Morwind fragt, ob es bereits einmal einen Zuschuss der Stadt in dieser Sache gegeben habe und warum der SKFM nur drei Stunden geltend mache.

Hr. Gering erklärt, die drei Stunden würden anderweitig gebraucht, für die Beratungsleistungen werde ein wesentlich höherer Zeitaufwand benötigt. Das Angebot der Stadt sei für den SKFM akzeptabel.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** bittet künftig um rechtzeitige Antragstellung zu den Haushaltsberatungen. Die Mittel für das Jahr 2021 könnten daher nicht eingeplant werden. Das Angebot der Stadt könne im Sinne der Gleichberechtigung aber angenommen werden.

Auch die FDP-Fraktion unterstützt den Vorschlag der Verwaltung.

Stv. Morwind mahnt an, die Zuständigkeiten zu beachten, sonst drohe eine Überforderung des SKFM. Zudem handele es sich ausdrücklich um eine Einbringung, eine Entscheidung müsse heute nicht fallen. Daher melde sie Beratungsbedarf der CDU-Fraktion an.

Beschluss:

Ein Beschluss zum Antrag des SKFM wird nicht gefasst. Allerdings wird der SKFM seitens der Mitglieder des SIGA gebeten, seine Angaben zu präzisieren, damit die Verwaltung zur nächsten Sitzung des SIGA einen Beschlussvorschlag unterbreiten kann.

7./ Betriebskostenzuschuss für den Betrieb der "Tafel Haan" - hier: Antrag des SKFM vom 17.03.21 (Einbringung)

Protokoll:

Hr. Gering erläutert kurz den Antrag. Demnach sei der finanzielle Aufwand für die Tafel gestiegen, Versicherungskosten für drei Pkw zu tragen und Reparaturen aufzufangen. Damit seien die Fixkosten schon sehr hoch, Personalkosten seien in dieser Aufstellung noch nicht enthalten. Spenden seien nicht einplanbar.

Stv. Kunkel-Grätz hätte sich eine detaillierte Kostenaufstellung als Entscheidungshilfe gewünscht.

Stv. Lukat bittet die Verwaltung um Erstellung einer beratungsreifen Vorlage zu den Haushaltsplanberatungen.

Stv. Morwind bittet die Verwaltung um die Möglichkeit, dass die Fraktionen per Email Fragen einreichen können, die in die Vorlage einzuarbeiten seien.

Beschluss:

Ein Beschluss zum Antrag des SKFM wird nicht gefasst. Allerdings wird der SKFM seitens der Mitglieder des SIGA gebeten, seine Angaben zu präzisieren, damit die Verwaltung zur nächsten Sitzung des SIGA einen Beschlussvorschlag unterbreiten kann.

**8./ Änderung der Satzung für den Senior(inn)enbeirat der Stadt Haan vom 12.11.2008
Vorlage: 50/010/2021**

Protokoll:

Bgo. Herz erläutert die Vorlage und betont, Intention sei es gewesen, die Satzungen von Seniorenbeirat und Jugendparlament gleichzustellen.

Beschluss:

Die Satzung des Senior(inn)enbeirates vom 12.11.2008 wird gemäß der Anlage 1 unter der Maßgabe der Neufassung des § 1 Abs. 2 der Satzung wie folgt geändert:

„Der Senior(inn)enbeirat wird zu Sitzungen der Ausschüsse des Rates der Stadt Haan als Vertreter der Senior(inn)en hinzugezogen und zu Angelegenheiten angehört, die Belange der Senior(inn)en betreffen. Er kann jeweils eine Vertretung zu den Sitzungen entsenden; die Anhörung begründet keinen Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls, Zahlung von Sitzungsgeld oder Gewährung einer sonstigen Entschädigung. Dieser Ausschluss betrifft ausdrücklich nicht die Gewährung von Sitzungsgeld bei einer Teilnahme der Vertretung des Senior(inn)enbeirats als vom Rat der Stadt Haan gewählte(r) sachkundige(r) Einwohner(in).“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**9./ Bericht über die Seniorengerechte Quartiersentwicklung
Vorlage: 50/022/2019/6**

Protokoll:

Hr. Sattler fasst kurz zusammen, dass der Runde Tisch Gruiten das entworfene Logo in Kürze nutzen werde.

Von Stv. Mentrop auf die Entwicklung in Unterhaan angesprochen, erklärt er, dass die Beteiligung im Online-Format stark nachgelassen habe und man sich im Gespräch mit den wenigen Akteuren befinde, woran es genau liege. Darüber hinaus hoffe man, schon bald wieder in Präsenzveranstaltungen einsteigen zu können.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**10./ Aktives Altern
- hier: 2. Erhebungswelle 2019
Vorlage: 50/007/2021**

Protokoll:

Stv. Lukat fragt, warum die Vorlage den Weg in den Ausschuss genommen habe. Der größte Teil der Ergebnisse sei nicht unbekannt.

Vfw Beyer erläutert, dass der Kreis die Ergebnisse gemeinsam mit allen kreisangehörigen Städten publizieren wolle und man im Vorfeld übereingekommen sei, die jeweiligen hiesigen Gemeinderäte zu informieren.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**11./ Übernahme des Sozial- und Integrationsmanagements mit städtischem Personal
Vorlage: 50/008/2021**

Protokoll:

Bgo. Herz fasst die Vorlage zusammen. Intention dieser sei die Mitnahme der Politik

im laufenden Prozess gewesen und stelle einen Zwischenstand der Aktivitäten dar. Schwerpunkt liege auf der Darstellung der Verantwortlichkeiten. Sie biete nach Arbeitsaufnahme des neuen SIM allen Fraktionen an, dort zur Hospitation vorstellig zu werden.

Stv. Lukat hinterfragt die Absicht der Verwaltung, die Betreuung nach einem Zeitraum von fünf Jahren vom SIM auf den ASD zu übertragen.

Bgo. Herz sagt zu, diesen Aspekt noch einmal zu prüfen.

VA Schneider erläutert, historisch werde eine Übergabe an den ASD für erforderlich erachtet, weil ansonsten über Jahrzehnte die Beratung immer im SIM sei. Menschen, die schon seit acht Jahren in einer eigenen Wohnung lebten, seien so gut integriert, dass sie dann vom ASD weiter betreut werden könnten.

Beschluss:

Der SIGA nimmt den Bericht der Verwaltung zum aktuellen Sachstand hinsichtlich der Übernahme des SIM mit städtischem Personal zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

11. Ausschreibungsverfahren zur Beauftragung eines Sicherheitsdienstes für 1./ die städtischen Unterkünfte der Stadt Haan -Leistungszeitraum 2021-2025 Vorlage: 50/009/2021

Protokoll:

Stv. Lukat sieht hier eindeutig die Zuständigkeit des FOA, gleichwohl werde die WLH zustimmen, da auch ein elektronisches Wachbuch und das online-Wächter-Kontrollsystem berücksichtigt worden seien.

Stv. Kunkel-Grätz erklärt, die SPD-Fraktion habe Bedenken hinsichtlich der vorgesehenen Gewichtung. Eine Gewichtung Qualität 50% und Kosten 50% werde bevorzugt.

Stv. Mentrop vertritt die Auffassung, dass die Unterkunft an der Kaiserstraße nicht die Priorität habe wie die Unterkunft Düsseldorf Str. Der vorgesehene Umfang werde seitens der CDU-Fraktion als ausreichend angesehen.

VA Schneider betont, Fr. Voosen-Reinhardt von der Zentralen Vergabestelle sei eine Experte bei Ausschreibungen. Er empfiehlt, die Gewichtung unverändert zu lassen. Eine geringere Gewichtung beim Preis werde von den Auftragnehmern oftmals dahingehend interpretiert, dass der Preis keine Rolle spiele. Die Anregung werde aber

dennoch in die weiteren Überlegungen miteinbezogen.

Beschluss:

Der SIGA nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

12./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Morwind erwähnt, dass es bedürftigen Familien seitens der Landesregierung angeboten werde, eine Woche Familienurlaub in NRW zu machen. Sie fragt, wie man den Familien bei der Antragstellung behilflich sein könne.

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltungsstellen, die sich mit dem Bildungs- und Teilhabepaket beschäftigen, werden ebenso in die Auswahl und Ansprache geeigneter Familien eingebunden wie die Kitas, die Schulsozialarbeiterinnen und das Sozialamt.

13./ Mitteilungen

Protokoll:

VA Schneider berichtet von einer sehr erfolgreichen Impfkaktion in der Flüchtlingsunterkunft an der Düsseldorf Str. Die Beteiligung sei überaus erfreulich gewesen.